



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Der Kampf um Schleswig-Holstein 1848-1850. 3.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Dorfhunde von Saka! Wir hatten noch anderthalb Stunden vor uns; die Nacht war pechfinster. Mit frischem Muth trieben wir uns weiter, bis wir endlich die übelriechende Atmosphäre des Dorfes M'Kullu in der Nähe verspürten. Diesmal kam uns der Geruch des wilden Dorfes ersehnt vor. Noch ein halbes Stündchen und wir standen an unserm Zaune und bald darauf lag alles im tiefsten Schlaf! — Es war Mitternacht geworden.

## Der Kampf um Schleswig-Holstein 1848—1850.

### 3.

In Schleswig-Holstein wallte es bei der Kunde von diesem Waffenstillstandsabschluß hoch auf. Der Muth der Armee war ungebrochen; einige Tage nach ihrer Niederlage führte sie, von einigen Bataillonen der Reichstruppen unterstützt, eine Reconoscirung aus, die sie wieder bis in die Nähe von Friedericia brachte. Die Statthalterschaft versuchte sich bei Prittwitz auf die Centralgewalt zu berufen, wendete sich an einzelne deutsche Höfe — Alles umsonst. Man erfuhr, daß Preußen sich insgeheim anheischig gemacht, seine Offiziere aus dem schleswig-holsteinischen Heere abzurufen, wenn der dänische König den Wunsch ausspreche. Da beschloß die Landesversammlung am 8. August mit 54 gegen 44 Stimmen, die Truppen über die Eider zurückzuziehen. Sie erkannte den Waffenstillstand nicht an; sie fügte sich nur thatsächlich in ihn, indem sie zwischen dem eigenen Heere und dem Feinde, in Schleswig, den Preußen und Schweden Raum gab.

Waren nun die Zustände der Herzogthümer während des malmöer Waffenstillstandes minder ungünstig gewesen, als man beim Abschlusse desselben hätte erwarten mögen, — wie Andres sollten jetzt die armen Bewohner Schleswigs hinsichtlich des berliner Waffenstillstandes erfahren! In jedermann lebte die wohlbegründete Furcht, die besondre Landesverwaltung für Schleswig bedeute nichts als die bleibende Absonderung dieses Herzogthums von Holstein, die der Friede zu bringen bestimmt sei. Und da die Statthalterschaft, die man allgemein als die rechtmäßige Landesbehörde betrachtete, den Waffenstillstand nicht

anerkannte, entbehrte die neue „Landesverwaltung“ in den Augen der Schleswiger jeder gesetzlichen Berechtigung; der Gehorsam gegen ihre Anordnungen durfte daher nur so weit gehn, als die Fügsamkeit in einen rein factischen Zustand, und eine Menge von Erklärungen in diesem Sinne liefen von Gerichts- und Verwaltungsbeamten des Herzogthums ein. Andererseits, welcher Geist lebte in der „Landesverwaltung?“ Jetzt zeigte sich, was Schleswig-Holstein von Männern zu erwarten habe, die ihm die dermalige preussische Regierung zusandte. Neben dem dänischen Mitgliede, dem ganz parteiischen Herrn v. Tillisch, hat sich das preussische, der Graf von Eulenburg\*), ein übles Andenken in dem Herzogthum dadurch geschaffen, daß in ihm ein eigener Wille, eine eigene Ansicht vor der seines dänischen Collegen gar nicht aufzukommen schien; beide zusammen schalteten, wie nur eben eine erbitterte dänische Behörde in einem besiegten Lande schalten mochte, und der englische Schiedsrichter hatte nur selten Gelegenheit seines Amtes zu warten. Die Thätigkeit der Landesverwaltung ward eröffnet mit Versendung einer Proclamation, worin Friedrich der Siebente, nur als König unterzeichnet, die eine Hälfte der Schleswiger als von ungesetzlicher Gewalt befreite Getreue, die andere als reuige Verirrte begrüßte. Während die Anweisung des Waffenstillstandsvertrags dahin lautete, nach den bestehenden Gesetzen zu regieren, hinsichtlich der seit dem März 1848 erlassenen aber nach gehöriger Prüfung des Landesinteresses über Beibehaltung oder Beseitigung zu entscheiden, schaffte die Landesverwaltung nicht bloß alle seit dem bezeichneten Zeitpunkt gegebenen, darunter das Staatsgrundgesetz in seiner Beziehung auf Schleswig ab, sondern die Aufhebung erstreckte sich auch auf ältere Gesetze. Anordnungen wie die Ungiltigkeitserklärung der von der Landesversammlung und Statthalterschaft ausgegebenen Cassenanweisungen, die Wiederherstellung der von Kopenhagen abhängigen Filialbank zu Flensburg, die früherhin als ein Finanzmittel für dänische Zwecke gedient hatte, die Forterhebung der Kriegsteuer, welche doch die Statthalterschaft nur für den Kampf gegen Dänemark ausgeschrieben hatte, empörten das Rechtsgefühl und erregten die schwersten Besorgnisse. Dem gegenüber spannte sich nun aber der Widerstand einer Bevölkerung, zu deren hervorragendsten Eigenschaften stets ein strenger Rechtsinn gehört hat; von allen Seiten liefen Proteste wider das Gebahren der Landesverwaltung ein — um so bestimmter und energischer, da es darauf ankam, zugleich gegen denjenigen Frieden zu protestiren, dem die jetzigen Verhältnisse als Vorbereitung dienen zu sollen schienen; unter den Beamten waren die Weigerungen, die ungesetzlichen Anordnungen der Landesverwaltung durchzuführen zu helfen, zahllos. Dafür begann denn auch sofort nach dem Antritt

\*) Jetzt Justizminister in Preußen.  
Grenzboten I. 1864.

der Landesverwaltung dasjenige, was vollends das Verhältniß derselben zu dem Volke zu einem unseligen machte — die Verfolgungen gegen Personen. Schaarenweise, ohne Urtheil und Recht, wurden die patriotischen Beamten abgesetzt oder durch systematische Plackereien zum Rücktritt genöthigt; an ihre Stelle kamen zum Theil solche, welche um ihrer dänischen Gesinnung willen von der provisorischen Regierung entfernt worden waren; dann aber — da achtbare Männer sich nicht in gehöriger Zahl zur Verfügung stellten — Subjecte des übelsten Leumunds. Brachte doch gegen vier in Apenrade Angestellte die Bürgerschaft unter Anderm vor, daß der eine von ihnen wegen Nothzucht in Untersuchung, ein zweiter eines gebrochenen, schriftlichen Ehrenwortes schuldig, ein dritter als Fehler veruntreuter Sachen bestraft sei. Wegen der Absetzung der alten Beamten, wegen der Einsetzung der neuen gerieth dann die Landesverwaltung, wegen Führung der Aemter das neue Beamtenpersonal selbst mit der Bevölkerung, und hier und da mit der höchsten Justizbehörde des Landes, mit dem Obergerichte zu Schleswig, in die ärgerlichsten Conflictte. Die Durchsetzung des Beabsichtigten erreichte die Landesverwaltung zum Theil nur unter den empörendsten Ausstritten. In Husum wurde der bisherige Bürgermeister durch einen neuen, dänisch gesinnten ersetzt; da niemand mit demselben in Verkehr treten wollte, entwich er; darauf kam militärische Execution und an den Magistrat die Zumuthung, den Vertriebenen durch eine Ehrendeputation wieder einzuholen; die Weigerung der Magistratspersonen zog neue Absetzungen nach sich. Unter militärischer Escorte ward der Ernannte eingeführt. Das Obergericht, an welches sich die Bürgerschaft wendete, erklärte die Einsetzung für ungiltig; die Landesverwaltung hielt den Eingesezten nach wie vor aufrecht. In Flensburg dagegen übte der dänische Pöbel den ärgsten Terrorismus gegen die Deutschgesinnten und keine Obrigkeit schien an seine Zügelung zu denken, bis das Einrücken schwedischer Besatzung dem Tumult und den Verwüstungen ein Ende machte. Als ein großer Theil der Geistlichkeit gegen die willkürliche Abänderung der kirchlichen Fürbitte protestirte, dehnte sich die Verfolgung auch auf sie und weiterhin auf die Lehrer aus; geborne Dänen, nationale Fanatiker, kamen auf die Kanzeln und in die Lehrämter; in Apenrade wurde dreizehn Wochen kein deutscher Gottesdienst gehalten; in Hadersleben blieben, wegen der Suspension der Lehrer, 7—800 Kinder ohne Unterricht.

Aber keineswegs im ganzen Schleswig übte die Landesverwaltung solche Herrschaft aus. Hauptfächlich der Norden, wo sie in einem Theil der Bevölkerung eine dänische Partei und in den schwedisch-norwegischen Truppen ein dienstfertiges Werkzeug für sich besaß, war der Schauplatz ihres durchgreifenden Wirkens. Im Süden gab es einen friedlichen Kampf gegen sie, unbezwinglich und bewundernswerth wegen des festen Einmuthes und der Gemessenheit, mit der er geführt wurde. Man erkannte der Landesverwaltung nicht das Recht

zu, die Steuern zu erheben, und aus vielen Orten wurden sie freiwillig bei der Statthalterschaft in Holstein eingeschendet. Die Beamten, welche die Landesverwaltung aufdringen wollte, wies man zurück, und bald verschonte die letztere diesen Theil des Landes mit ihren Einsetzungen und Absetzungen fast ganz. Keine oberste Behörde übte hier eine wahre Autorität; es war als ob nur eine unwillkürliche Uebereinstimmung Aller den Widerstand leite und die Ordnung erhalte. Die preussischen Truppen unter General v. Hahn wußten es in der Regel zu vermeiden, der Landesverwaltung zur Durchführung ihrer Absichten den Arm zu leihen. In widerwärtigem Gegensatz dazu stand leider, daß an Einer Stelle sich Preußen den Dänen in Kränkung der bedrängten schleswig-holsteinischen Sache beigesellte. Die Fregatte Gefion sollte zu Ende September auf Befehl der, von Preußen freilich nicht mehr anerkannten Centralgewalt aus dem Hasen von Eckernförde nach Kiel geholt werden; die Preußen widersetzten sich auf das schärfste; das Schiff, durch schleswig-holsteinische Tapferkeit erobert und von den Herzogthümern der deutschen Reichsflotte übergeben, ward jetzt ohne Weiteres als ein preussisches Besizthum behandelt und den Eroberern vorenthalten.

Man kann sich denken, mit welcher Begierde die Bevölkerung von Schleswig-Holstein nach der Möglichkeit ausschaute, den Krieg wieder zu beginnen. Dahin war es gekommen, daß die Herzogthümer die Theilnahme Preußens an ihrer Angelegenheit mehr als eine Fessel, denn als eine Hilfe zu empfinden anfangen. In den ersten Tagen des November 1849 faßte die Landesversammlung kriegerische Beschlüsse. Aber die Kräfte des Landes waren noch immer nicht so entwickelt, daß man allein den Kampf gegen Dänemark hätte aufnehmen können, und dazu drohte ja immer die Abberufung der preussischen Offiziere aus dem schleswig-holsteinischen Heer. Daher denn jetzt die Bemühungen der Statthalterschaft vorzüglich auf zwei Dinge gerichtet waren, deren Verschiebung bis auf diesen Zeitpunkt ihr wohl öfters zum Vorwurf gemacht worden ist: theils wurde auf beträchtliche Vermehrung der Armee hingearbeitet, theils suchte man sich zu vergewissern, welche von den fremden Offizieren geneigt wären, ihr Schicksal ganz an das der Herzogthümer zu knüpfen.

Darüber durften aber auch jetzt die Bemühungen um Erlangung eines Friedens nicht aufhören. Preußen war rastlos in seinen Anstrengungen, sich des verdrießlichen Krieges zu entledigen. Immer mühseliger wurden damals für die preussische Regierung die deutschen Verhältnisse, immer schwieriger die Bestrebungen, von den Entwürfen zur Einigung Deutschlands unter preussischer Führung noch etwas festzuhalten, immer stärker die Spannung mit Oestreich und dessen Bundesgenossen. Es versteht sich, daß unter solchen Umständen die Unsicherheit der Beziehungen zu Dänemark sich doppelt lästig machte. Also wurde denn bald die Statthalterschaft gedrängt, ihrerseits einen Versöhnungsversuch

mit dem König-Herzog und dessen Regierung zu unternehmen, bald unterhandelte man in Berlin mit einem dänischen Gesandten. Aber die Statthalterschaft erhielt auf ihren Antrag, Verhandlungen unter Vertrauensmännern aus den Herzogthümern und aus dem Königreiche stattfinden zu lassen, von Kopenhagen die Antwort, zwischen Unterthanen eines Königs könne nicht von Unterhandlungen die Rede sein, und nur an die landesherrliche Gnade habe man sich zu wenden. In Berlin ging es nicht besser; bei den Verhandlungen, die im Januar 1850 mit dem dänischen Freiherrn v. Pechlin begannen, reichten die Forderungen des dänischen Gesandten an eine förmliche Einverleibung Schleswigs in Dänemark ganz nahe heran. Eine arge Verletzung der preussischen Regierung in der dänischen Thronrede — es war darin die Hoffnung auf Wiederherstellung des Friedens ausgesprochen, wenn nur nicht irregeleitete Unterthanen bei einer größeren Macht Unterstützung fänden, — außerdem eine grobe persönliche Beleidigung des preussischen Königs durch den dänischen, mehrte die Verbitterung und die Unterhandlungen wurden abgebrochen. England drängte sie wieder aufzunehmen und es geschah. In Kopenhagen aber wußte man, wovon in Deutschland alle Welt überzeugt war — daß Preußen keinen Krieg mehr wolle; fast überflüssige Sicherheit hierüber empfing man noch durch das Bekanntwerden einer Unterredung des Ministers Grafen Brandenburg mit mehreren Mitgliedern des preussischen Abgeordnetenhauses. Hartnäckig bestand der Freiherr v. Pechlin auf Gemeinschaft Schleswigs mit Dänemark in Finanzen, Armee, Volksvertretung und Indigenat; das ging über die von Preußen angenommene Grundlage weit hinaus und die Unterhandlungen blieben nach wie vor ohne Erfolg. Dennoch übte die preussische Regierung fortwährend jeden Druck auf die schleswig-holsteinische Statthalterschaft aus, dieselbe vom Wiederbeginn der Feindseligkeiten zurückzuhalten. Und da nun doch Preußen selbst keinen Frieden mit Dänemark zu Stande zu bringen vermochte, so sollte noch einmal die Statthalterschaft den Versuch — bereits den dritten — unternehmen, wieweit die Herzogthümer sich direct mit dem Königreiche verständigen könnten. Gegen die Statthalterschaft selbst aber war bei dem schlimmen Gange der Dinge und nach all den üblen Früchten, die man aus ihrer Abhängigkeit von Preußen geerntet hatte, die Opposition in der Landesversammlung stärker und stärker geworden; jetzt drohte eine Verweigerung der Kriegsteuer; die Minorität des Ausschusses der Versammlung wollte den Dänen gewisse Bedingungen gestellt und, wenn diese nicht erfüllt würden, Schleswig besetzt wissen. Durch die Nachricht, daß es eben der Statthalterschaft gelungen sei, einen neuen, unabhängigen General an der Stelle Bonins für die Befehlshaberschaft der Armee zu gewinnen, ward die Versammlung umgestimmt und die Statthalterschaft bekam freie Hand. Der von Preußen gewünschte Versuch fand statt. Aber die ersten Forderungen, welche die Abgesandten in Kopenhagen vernahmen, gingen unter

Anderem darauf, daß die Statthalterschaft ihre friedliche Gesinnung zuvörderst durch Herabsetzung der Armee auf 12,000 Mann bekunden müsse, ohne daß deshalb Dänemark auch nur in der Vermehrung seiner Armee innehielt. Ein Entwurf über einen provisorischen Zustand, der in Schleswig und Holstein eintreten und zur Vereinbarung über die definitiven Anordnungen dienen sollte, wurde von Berlin aus durch den russischen Gesandten befürwortet, und die Abgesandten nahmen ihn an. Man begreift, daß der Entwurf nicht eben übermäßige Gunst gegen Schleswig-Holstein übte. Die Dänen aber, denen er nicht genügte, verlangten nähere Bestimmungen desselben, forderten z. B. als Departementschefs des besonderen, schleswigschen Ministerium, das während des Provisorium bestehen sollte, zwei allgemein verhaßte Persönlichkeiten; endlich erklärten sie das Project überhaupt für unannehmbar und nach einigen Tagen weiterer, vergeblicher Anknüpfungsversuche ward dem Grafen Reventlow-Farve geradezu die Andeutung gegeben, er habe sich aus Kopenhagen zu entfernen.

Alles verrieth: die dänische Regierung befand sich im vollen Besitze des Geheimnisses der preussischen Politik; sie wußte, daß Preußen sich zu einem ernstern Krieg nicht entschließen, durch die bisherige Art der Kriegführung aber und durch die Ungewißheit der Verhältnisse sich weit mehr belästigt und beängstigt fühle als Dänemark selbst. Bei diesem starken Begehren Preußens nach einem Frieden, bei der Unmöglichkeit, ohne ferneren Krieg die Dänen zur Herabstimmung ihrer überschwänglichen Ansprüche zu bewegen, bei den geringen Erfolgen der bisherigen Verfechtung der schleswig-holsteinischen Sache durch Preußen, bei der Unlust endlich, womit man sich in den Herzogthümern durch Preußen von einer Erneuerung des Krieges zurückhalten ließ, war es nun natürlich, daß ein Gedanke sowohl auf preussischer wie auf schleswig-holsteinischer Seite allmählig Eingang gewann, der Gedanke, sich in irgend einer Weise voneinander zu trennen. Die preussische Regierung selbst mochte glauben, nachdem sie durch ihre bisherige Unterstützung den Herzogthümern Zeit verschafft, sich zur Selbstvertheidigung tüchtig zu machen, werde sie nun durch Abtreten vom Kampfplatz auch die schleswig-holsteinische Sache von allerhand Feindseligkeiten und Verwickelungen befreien, die nur durch Preußens Bethheiligung an derselben ihr zugezogen worden seien. Am 17. April machte sie dem dänischen Gesandten den Vorschlag eines Friedens zwischen Deutschland und Dänemark, in welchem nichts über die beiderseitigen Rechte entschieden werden, sondern jeder Theil sich seine Rechte vorbehalten sollte. Aber Dänemark wollte sich damit nicht begnügen; es wollte sich nicht damit begnügen, die Versuche Deutschlands zur bewaffneten Unterstützung Schleswig-Holsteins zurückgeschlagen zu haben; es verlangte, daß in dem Frieden die Verpflichtung einer unbedingten Unterwerfung der Herzogthümer ausgesprochen würde. Schwerlich war der Gedanke, dies zu erreichen, ernstlich gemeint. Aber etwas Anderes zu erlangen glückte wirklich.

Die Verhältnisse wurden in der That immer günstiger. Ein neuer Helfer wuchs den Dänen heran an Oestreich. Aus tiefster Zerrüttung erhob sich dasselbe eben damals zu stolzesten Machtäußerungen. Dies Oestreich, selber aus so mannichfachen Nationalitäten zusammengesetzt, hatte bisher keine Veranlassung gefunden, der nationalen Erhebung der Herzogthümer sonderliche Sympathien zu beweisen. Für sich keinerlei Vortheil in einer Betheiligung an jenen norddeutschen Dingen findend, hatte es in der Betreibung derselben jedenfalls ein vorwiegend preussisches Interesse erblickt, welches zu fördern nicht in Oestreichs Aufgabe liegen könne. Selbst in den Tagen des allgemeinen Sturms hatte sich das bewährt; im Frühling 1848 war sowohl in Frankfurt, als in Wien die Abneigung Oestreichs, sich auf die deutsche Feindseligkeit gegen Dänemark einzulassen, zu beobachten gewesen, und nie hatte in dem ausgebrochenen Kriege Oestreich einen Grund gefunden, seinen Gesandten aus Kopenhagen abuberufen. Eben-  
sowenig fand es denn auch, als im Jahre 1850 für seine Politik der Streit mit Preußen um die Gestaltung der deutschen Verhältnisse ganz in den Vordergrund trat, in dem national-deutschen Charakter der von Preußen vertretenen Sache ein Hinderniß, dem Gegner Preußens die Hand zu reichen. Wichtiger als die Freundschaft dieses Gegners selbst war dabei die Gunst, deren sich die Sache desselben nun einmal unter den europäischen Mächten zu erfreuen hatte; indem Preußens Stellung in der schleswig-holsteinischen Sache für diese Mächte fort und fort ein Gegenstand des Verdrusses war, leistete eine Gefälligkeit gegen Dänemark dem ehrgeizigen Leiter der österreichischen Politik, dem Fürsten v. Schwarzenberg, die bequemsten Dienste, Oestreichs europäische Position gegen Preußen zu verbessern. Am deutlichsten trat dies zu Tage, als, durch die berufene Note vom 26. April 1850, die österreichische Regierung im stärksten Gegensatze zu den preussischen Unionsplänen und unter dem lebhaftesten Proteste der preussischen Regierung, zur Wiederherstellung des Bundestages verschritt. Der dänische König half sofort diesen Bundestag stärken, indem er ihn anerkannte und, für Holstein, mit seinem Gesandten beschickte; dafür war denn Oestreich freundlich genug zu vergessen, daß seit dem März 1848 an dem alten Bundestag, daß ferner unter den Bevollmächtigten, die den Reichsverweser umgaben, kein Abgeordneter des dänischen Königs, sondern Abgeordnete der obersten Behörden, die nacheinander an der Spitze der kämpfenden Herzogthümer gestanden, das Bundesland Holstein vertreten hatten, wie denn auch noch nach dem Abtreten des Reichsverwesers, bei der sogenannten Centralcommission, auf Preußens Betrieb kein Gesandter des dänischen Königs zugelassen worden war. Die Bedeutung der jetzigen Zulassung ergibt sich hieraus von selbst; die Bundesversammlung von 1850 leitete damit die Beurtheilung einer Erhebung ein, welche von der Bundesversammlung des Jahres 1848 gutgeheißen, aufrechterhalten, und fast von allen Regierungen Deutschlands unterstützt worden war! Dänemark aber

hatte nun sein Interesse mit dem Interesse einer Macht und einer Staatengruppe in Deutschland verflochten, der ein baldiger Sieg über Preußen und die preussischen Unionspläne beschieden war.

Aber dies war nicht der einzige Gewinn Dänemarks gegen Preußen. Während in Berlin über den Frieden verhandelt ward, fanden zu London Conferenzen über einen andern Gegenstand statt. Die vortheilhafte Lage seiner Verhältnisse wollte Dänemark benutzen, um mit Hilfe der gesammten europäischen Diplomatie zu erreichen, was es mit dem offenen Briefe von 1846 vergeblich angestrebt hatte — die Sicherung des dänischen „Gesammtstaates“ vor einem Zerfalle in Folge der verschiedenen Succession. Rußland, Schweden und auch Frankreich ließen sich bald bereit finden, zu London in einem, am 2. Juni unterzeichneten Protokoll die bleibende Vereinigung der Länder, die Friedrich der Siebente regiere, als ein europäisches Interesse zu bezeichnen und den Bemühungen des Königs, diesem Zwecke gemäß die Erbfolge zu regeln, ihren Beifall zu spenden. England, verstimmt durch das allzustarke Hervortreten Rußlands, zögerte. Eben damals war es indeß, indem es die Sache des portugiesischen Juden Pacifico in übermüthigster Weise zur Bedrängung Griechenlands ausgebeutet, mit Frankreich in Spannung, mit Rußland nahe an einen Bruch gekommen; da soll der russische Gesandte in London eine Nachgiebigkeit in der dänischen Sache dem englischen Cabinet als ein Mittel, den Bruch zu vermeiden, entgegengehalten, und dies den Beweggrund für England hergegeben haben, zu unterzeichnen. Dänemark verlangte nun Aehnliches von Preußen. Bei einer jener Erscheinungen des russischen Kaisers zu Warschau, die damals über das ganze Mitteleuropa einen leisen Schauer zu verbreiten pflegten (Mai, Juni), versuchte der Prinz von Preußen vergeblich, durch Benutzung der Erbfolgefrage der schleswig-holsteinischen Angelegenheit noch jetzt eine bessere Wendung zu geben. Die Sprache Rußlands war in der letzten Zeit eine sehr entschiedene geworden. Die londoner Conferenzen selbst waren ein Beweis mehr für die Verbindungen, deren sich Dänemark erfreute, für den isolirten Stand von Preußen. So entschloß sich dies auch hier zur Nachgiebigkeit, und als, am 2. Juli, zwischen ihm und Dänemark zu Berlin der Friede geschlossen ward, erklärte sich in einem geheimen Artikel der König von Preußen bereitwillig, an den Unterhandlungen theilzunehmen, welche der König von Dänemark einleiten werde, um die Erbfolge in den unter seinem Scepter vereinigten Staaten zu ordnen.

Die öffentlichen Artikel, welche am 2. Juli 1850 von dem Herrn v. Ussedom auf preussischer, den Herren v. Pechlin, Needtz, A. W. Scheel auf dänischer Seite und dem Grafen von Westmoreland als dem Vertreter der vermittelnden englischen Macht unterzeichnet wurden, bildeten einen Friedensvertrag seltsamer Art. Die friedenschließenden Mächte, Preußen in seinem und Deutsch-

lands Namen am einen, Dänemark am andern Theile setzten nur fest, daß Friede unter ihnen sein solle und eine jede sich die Rechte, die ihr vor dem Kriege zugestanden, reservire. Also blieb das, worum man gestritten, streitig, nur daß man nun darüber mit den Waffen zu streiten aufhören wollte. Von allen Artikeln schien — ausgenommen etwa denjenigen, welcher eine gemeinsame Commission zur Feststellung der neuerlich durch die Dänen zweifelhaft gemachten Grenzen zwischen Holstein und Schleswig in Aussicht nahm — nur ein einziger einen positiven Inhalt zu haben. Derselbe lautete:

„Nach dem Abschluß des gegenwärtigen Friedensschlusses wird der König von Dänemark, Herzog von Holstein, in Uebereinstimmung mit dem Bundesrechte, die Intervention des deutschen Bundes verlangen, um seine Autorität in Holstein wiederherzustellen, indem er zur selben Zeit seine Absichten über die Pacification des Landes mittheilt. Wenn auf diese Reclamation der deutsche Bund nicht einschreiten, oder wenn seine Intervention unzureichend erscheinen sollte, wird es Sr. dänischen Majestät frei stehn, Ihre militärischen Maßregeln auf Holstein auszu dehnen und zu diesem Zwecke Ihre bewaffnete Macht zu verwenden.“

Sah man aber den Artikel näher an und las man namentlich die erläuternde Denkschrift des preußischen Cabinets, so erkannte man als die wesentliche Bestimmung auch dieses Satzes nur die, von dem Frieden zwischen Deutschland und Dänemark jede weitere Störung fernzuhalten. Dem Bunde sollte nämlich durch die letzte Hälfte des Satzes für den Fall, daß er, sei es aus mangelnder Befriedigung an den geäußerten Absichten des dänischen Königs für Holstein, sei es aus irgendwelchem andern Grunde, eine Execution zur Wiederherstellung Friedrich des Siebenten in Holstein unthunlich fände, das Recht gewahrt werden, diese Execution dem von ihm anerkannten Landesherrn zu versagen; dafür verzichtete er aber auch auf diesen Fall hin, das Bundesland Holstein gegen einen Angriff der dänischen Truppen zu schützen. Alles natürlich so, daß der tatsächliche Ausgang, den dann die Dinge nähmen, an den Rechten des Bundes nichts ändern könnte. Ueberdies war von vornherein schon die Frage, wo denn der dänische König sein Ansuchen vorzubringen und den Bescheid darauf zu erwarten habe, gerade damals eine mißliche, da der durch Oestreich zusammengebrachte Bundestag von Preußen und dessen Verbündeten nicht anerkannt, die preußische Union von ihren eigenen Mitgliedern nicht als eine Darstellung des alten Bundes ausgegeben wurde, da also der deutsche Bund jedes allgemein anerkannten Organs entbehrte. Alles in Allem: der Krieg zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein sollte sich selbst überlassen werden. „Niemand weiß besser als die vermittelnde Macht,“ schrieb der Minister v. Schleinitz bald darauf an Lord Palmerston, „daß der einfache Friede beiderseits ausdrücklich in der Absicht abgeschlossen ist, den Ereignissen freien Lauf zu gestatten und den streitenden Parteien die Erledigung des Streits zwischen den Herzogthümern und

ihrem Souverän, eventuell selbst die Entscheidung durch Waffengewalt zu überlassen.“

Auf die Möglichkeit einer solchen Trennung der Schleswig-holsteinischen Sache von der preussischen hatte nun die Statthaltertschaft schon seit längerer Zeit ihr Augenmerk gerichtet. Das Heer war bedeutend verstärkt worden; nicht minder wichtig war es gewesen, daß man sich der preussischen, in demselben dienenden Offiziere für jeden Fall zu versichern suchte. Vor Allem kam es darauf an, ob der Oberbefehlshaber, Bonin, sich entschließen würde in Preußen seinen Abschied zu nehmen, um sich ganz der Sache Schleswig-Holsteins zu widmen. Wenn auch mit schwerem Herzen, glaubte Bonin diese Frage verneinen zu müssen. Man suchte nach einem Ersatz für ihn; derjenige, den man gewann, war Wilhelm von Willisen, auch er ein preussischer Offizier, aber bei der preussischen Regierung mißliebig geworden, als Generallieutenant zur Disposition gestellt, und nicht abgeneigt, um seiner neuen Stellung in den Herzogthümern willen seine Verhältnisse in Preußen zu lösen. Dieselbe Frage, wie an Bonin, trat dann durch eine preussische Abberufungsordre an die übrigen Preußen heran; natürlich, daß Viele dem Beispiele Bonins folgten. Die Armee litt einen beträchtlichen Verlust an höhern und niedern Führern, und sie mit neuen Offizieren zu versehen, wurde sowohl durch diese Abgänge, wie durch die geschehene Verstärkung, zu einer der ersten Aufgaben für den neuen Oberbefehlshaber. Was diesen selbst betrifft, so hatte sich derselbe hauptsächlich als einen Militärschriftsteller von originellen Ansichten bekannt gemacht. Durch mannichfache Lebenslagen hindurchgegangen, hatte er eine reiche und ausgebreitete Bildung und eine Freiheit von manchen Einseitigkeiten und Befangenheiten gewonnen, wie sie sonst wohl Beruf, Stellung und dergleichen dem Menschen zu geben pflegen. Den Krieg hatte er praktisch schon in ganz jungen Jahren, 1806 und 7, dann durch Theilnahme an dem österreichischen Feldzug von 1809 sowie an den Befreiungskämpfen kennen gelernt; und von seiner Bereitwilligkeit, die eigene Person der Gefahr auszusetzen, hat er auch in Schleswig-Holstein die glänzendsten Beweise abgelegt. Wie er jedoch nicht als ein von der Sache der Herzogthümer wahrhaft Ergriffener die Verfechtung dieser Sache übernahm, so erschien überhaupt in seinem Wesen eine gewisse Mannichfaltigkeit der Reflexion den festen, bestimmten Entschluß nicht leicht aufkommen zu lassen; nöthigte ihn aber der drängende Augenblick unabweisbar zu einer Entscheidung über Großes, so gerieth er dann wohl, wie es an talentvollen Männern von solcher Art so oft gefunden wird, unter die Herrschaft einzelner, zufällig hervortretender Umstände, statt seinerseits diese Umstände in ihrer Gesamtheit zu überblicken und zu beherrschen. Von vornherein schöpfte er große Hoffnungen aus einer eigenthümlichen, in ihm entstandenen Auffassung der diplomatischen Sachlage; zu wirklichem Kampfe kam es weit eher als er gedacht. Durch große

Änderungen in der Organisation der Armee hatte er kurz vorher die gewohnten Ordnungen in der Armee gelöst, ohne daß Zeit gewesen wäre, die neuen den Soldaten zur Gewohnheit zu machen, und wie nun sowohl infolge dieses Umstandes, als infolge des Abgangs so vieler Offiziere und des Eintritts der neuen Mannschaften, durch welche zum Theil jene Änderungen veranlaßt worden waren, das Heer sich nicht sogleich bei Eröffnung der Feindseligkeiten so kriegsfertig zeigte, als es der General beanspruchte, verlor dieser bald das rechte Vertrauen in die Armee und in das Gelingen eines kräftigen, activen Vorgehens. Uebrigens wird man sowohl aus dem bisherigen Gange der Dinge, wie aus dem weiter zu Berichtenden sich leicht erklären, wenn auch die Statthalterschaft noch jetzt nicht alle diplomatischen Rücksichten, besonders nicht die gegen die preußische Regierung, aus den Augen setzen zu dürfen glaubte; und so mag denn in Erwägung des Eindrucks, den die eine oder andere Maßregel in Berlin hervorbringen könnte, noch nach dem berliner Frieden Manches unterblieben sein, was die kriegerische Kraft der Herzogthümer in vollem Maße zu enthalten geeignet gewesen wäre.

Sowie zu Berlin der Friede zwischen Preußen und Dänemark unterzeichnet war, räumten die preußischen und schwedischen Truppen Schleswig. Da nun zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein der Waffenstillstand, bei der Nichtanerkennung desselben von Seiten der Statthalterschaft, gar nicht vorhanden war, rückte alsbald die schleswig-holsteinische Armee von Süden, die dänische theils von Jütland, theils von der Insel Alsen her in dem Herzogthum ein. Der erste Gedanke Willisens war, durch einen raschen Vormarsch sich zwischen die zwei dänischen Abtheilungen zu bringen und sie wo möglich einzeln zu schlagen. In drückender Julihitze ging die Bewegung, nicht ohne Erschöpfung vieler Mannschaften, vor sich. Bald glaubte Willisen sie den Strapazen, welche die Ausführung seines Planes erfordert hätte, nicht gewachsen und beschloß daher, schon in der Stellung bei Idstedt den Heranmarsch der Dänen zu erwarten, die nun, nach Vereinigung beider Abtheilungen, 37,000 Mann stark, gegen die 26,000 Schleswig-Holsteiner anrückten. Am 25. Juli kam es zu der verhängnißvollen Schlacht. Selten hat ein Heer den Sieg schon in solcher Weise in den Händen gehabt, um ihn plötzlich in eine Niederlage verwandelt zu sehn, wie dies hier die Schleswig-Holsteiner erfahren mußten. Die Hauptursache lag darin, daß der Oberbefehlshaber, eingenommen von den Ereignissen eines Punktes, an welchem die Dinge übel gingen, und in Ueberschätzung einer feindlichen Bewegung, von der er eine Ueberschätzung befürchtete, den Rückzug anbefahl in einem Augenblicke, wo die Dänen infolge schwerern Unglücks, das sie an einem andern Punkte betroffen hatte, ihrerseits nahe daran waren sich zum Rückzuge anzuschicken.